

Beschlüsse der
LANDESKLIMASCHUTZREFERENTINNENKONFERENZ

Tagung
am
16./17. März 2017
in
Bregenz

A. Bereich Integrierte Klima- und Energiestrategie der Bundesregierung und EU-Klimaschutz

Weichenstellungen für eine gemeinsame Klima- und Energiepolitik in Österreich

Die LandesklimaschutzreferentInnenkonferenz erinnert an ihre bisherigen Beschlüsse (VSt-2418/185 vom 12.11.2015 und VSt-7673 vom 19.2.2016) sowie jene der Landeshauptleutekonferenz (VSt-7673/16 vom 4.10.2016) und LandesumweltreferentInnenkonferenz (VSt-7673/1 vom 20.6.2016), unterstreicht die notwendige umfassende Einbindung der Länder, und betont die Notwendigkeit von klaren Zielsetzungen und der Klärung des Status der integrierten Energie- und Klimastrategie der Bundesregierung. Sie ersucht die Bundesregierung, zumindest folgendes Mindestmaß zu gewährleisten:

- Wie im Prozess zuletzt schon erfolgt, sollen weiterhin alle Bundesländer in den Prozess zur Erstellung einer integrierten Energie- und Klimastrategie der Bundesregierung mit einbezogen werden. Auf Expertenebene sind das die bislang schon für die Steuerungsgruppe bzw. die Arbeitsgruppen nominierten Personen.
- Die Länder sind auf ExpertInnenebene konsequent in die redaktionelle Erarbeitung der Struktur der Strategie und deren Inhalte einzubinden, insbesondere in jenen Bereichen, in denen maßgebliche Kompetenzen bei den Ländern liegen. Es soll einen permanenten Informationsaustausch geben und Zwischenergebnisse abgestimmt werden.
- Vor Einbringung von Vorlagen im Ministerrat soll eine Vorabstimmung auf politischer Ebene mit den Ländern erfolgen. Dazu sind ausreichende Zeiträume einzuplanen.
- Hinsichtlich der Zeitplanungen sind relevante gültige Termine der Europäischen Kommission, insbesondere in Bezug zum EU Greenhouse Gas Monitoring Mechanism, zu beachten.
- Für den Prozess zur Maßnahmenfestlegung sind frühzeitige gemeinsame Überlegungen zwischen Bund und Ländern anzustellen.
- Bei der Erarbeitung der Österreichischen Position zum EU Winterpaket, sind die für Klimaschutz und Energie zuständigen Stellen in den Positionierungsprozess miteinzubeziehen.

Integrierte Klima- und Energiestrategie – Weißbuch – Biodiversität

Die LandesklimaschutzreferentInnenkonferenz ersucht den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, die österreichische Biodiversitätsstrategie als wichtige Grundlage bei der Erstellung der integrierten Energie- und Klimastrategie der Bundesregierung zu berücksichtigen.

B. BEREICH VERKEHR

Senkung der Treibhausgasemissionen im Verkehrsbereich

Die LandesklimaschutzreferentInnenkonferenz ersucht den Herrn Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie im Rahmen der integrierten Energie- und Klimastrategie der Bundesregierung darzulegen, wie die Treibhausgasemissionen Österreichs im Sinne des Übereinkommens von Paris durch Umstieg auf alternative Antriebe bis 2050 in den Bereich der Netto-Nullemissionen gebracht werden können.

Österreich Ticket

Die LandesklimaschutzreferentInnenkonferenz ersucht den Herrn Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie in Kooperation mit den österreichischen Bundesländern und deren Verkehrsverbänden sowie den Verkehrsunternehmen die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für ein preislich attraktives, breit leistbares Österreich-Ticket zu entwickeln, das alle öffentlichen Verkehrsmittel umfasst. Beispielgebend dafür soll der Swiss-Pass sein.

Offensive im Bereich Forschungs- und Pilotprojektförderung des Bundes für den Öffentlichen Verkehr und Microverkehr

Die LandesklimaschutzreferentInnenkonferenz ersucht den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft und den Herrn Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie um die Weiterführung der im Rahmen des Aktionspaketes E-Mobilität vorgesehenen Fördermöglichkeiten für die Anschaffung von Elektrofahrzeugen sowie für Forschung und Entwicklung für den Öffentlichen Verkehr und Microverkehr.

Betriebliche Zuwendungen Mitarbeitermobilität

Die LandesklimaschutzreferentInnenkonferenz ersucht den Herrn Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie sowie den Herrn Bundesminister für Finanzen, im Sinne der Förderung umweltfreundlicher und gesunder Mobilität, die Möglichkeit zu schaffen, sachbezugs- und sozialversicherungsfreie Zuwendungen bis zu einer Höhe von maximal 500 Euro pro Person und Jahr an Mitarbeitende leisten zu können. Die ordnungsgemäße Vergabe der Zuwendungen - zweckgebunden für konkrete Anreize bzw. Belohnungen für umweltfreundliches und gesundes Mobilitätsverhalten wie zu Fuß gehen, Radfahren, ÖV-Nutzung oder Fahrgemeinschaften - muss durch den Betrieb nachvollziehbar dokumentiert werden.

Steuerliche Gleichstellung von Fahrrädern und E-Fahrrädern mit E-PKWs

Die LandesklimaschutzreferentInnenkonferenz ersucht den Herrn Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie sowie den Herrn Bundesminister für Finanzen, eine steuerliche Gleichbehandlung von E-PKWs und E-Fahrrädern umzusetzen.

Konkret sollen folgende Änderungen vorgenommen werden:

1. Bei der betrieblichen Anschaffung aller alltagstauglichen Fahrrad-Typen (Fahrräder, Pedelecs, S-Pedelecs, Lastenfahrräder) soll die Berechtigung zum Abzug der Vorsteuer geschaffen werden.
2. Analog zur Regelung bei E-PKWs sollen Fahrräder und elektrisch unterstützte Fahrräder, die sich im betrieblichen Eigentum befinden, auch für private Zwecke (wie dem Weg zur Arbeit) genutzt werden können, ohne dass diese betriebliche Leistung als Sachbezug versteuert werden muss.

C. BEREICH GEBÄUDE

Ausstieg aus fossilen Heizanlagen

Die LandesklimaschutzreferentInnenkonferenz ersucht den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, im Rahmen der integrierten Energie- und Klimastrategie der Bundesregierung eine gemeinsame Strategie mit den Bundesländern auszuarbeiten, die einen raschen Ausstieg aus Heizungen mit fossilen Brennstoffen (fest, flüssig) zum Ziel hat und einen Fahrplan für einen schrittweisen, sozial verträglichen Ausstieg aus fossilen Gasheizungen im Gebäudebereich beinhaltet.

Photovoltaik (PV)-Mehrfamilienwohnhäuser

Die LandesklimaschutzreferentInnenkonferenz ersucht den Herrn Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft um einen Statusbericht zum Stand der Novellierung des EIWOG und inwieweit dem Anliegen der Bundesländer, Photovoltaik- Stromnutzung in Mehrfamilienwohnhäusern zu ermöglichen, Rechnung getragen wird.

Innovative Modelle zur Forcierung von Ökostrom

Die LandesklimaschutzreferentInnenkonferenz ersucht den Herrn Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, unter Einbeziehung aller Bundesländer eine Arbeitsgruppe zu installieren, die die rechtlichen Rahmenbedingungen (Ökostromgesetz und EIWOG) sowie die technischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bei den Verteilernetzbetreibern für die Einführung von innovativen und sozial verträglichen Modellen mit Anreizen zur Eigenverbrauchsoptimierung, die für die Forcierung von Ökostromanlagen geeignet sind, ausarbeitet.

D. BEREICH FINANZEN

Schwerpunkt „Ökosoziale Steuerreform“ im Zuge der Erstellung des Bundesbudgets für 2018

Die LandesklimaschutzreferentInnenkonferenz erinnert an ihre Beschlüsse vom 11. November 2015 (VSt-1455 vom 12.11.2015) und vom 18. Februar 2016 (VSt-1455/1 vom 22.2.2016), unterstützt den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft in seinem Bestreben, sich im Rahmen der integrierten Energie- und Klimastrategie der Bundesregierung für eine ökosoziale Steuerreform einzusetzen und ersucht den Herrn Bundesminister für Finanzen, eine Expertenkommission unter Vorsitz einer Steuerexpertin bzw. eines Steuerexperten zu installieren, die Vorschläge für eine ökosoziale Steuerreform inkl. Abbau von Klimaschutz- kontraproduktiven Steuermechanismen (insbesondere der steuerlichen Begünstigung von Dieselmotoren) und Einführung einer CO₂-Abgabe im Zuge der Erstellung des Bundesbudgets für 2018 erarbeiten soll.

Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen/-infrastruktur

Die LandesklimaschutzreferentInnenkonferenz ersucht den Herrn Bundesminister für Finanzen, in Zusammenarbeit mit dem Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft und dem Herrn Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, im Sinne der Förderung klimaschonender Technologien im Rahmen der integrierten Energie- und Klimastrategie der Bundesregierung die Möglichkeiten zu prüfen, erneuerbare und klimaschonende Energieinfrastruktur und sonstige Klimaschutzmaßnahmen nicht Maastricht-wirksam finanzieren zu können.

E. ALLFÄLLIGES

Forcierung der Forschungsförderung auf dem Gebiet der Nutzung erneuerbarer Energieträger, der Energieumwandlung und der Energiespeicherung

Die LandesklimaschutzreferentInnenkonferenz ersucht den Herrn Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie, den Herrn Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft sowie den Herrn Bundesminister für Finanzen, eine nachhaltige Förderstruktur zur Förderung von Forschungsanlagen zu schaffen. Zusätzlich sollen die Rahmenbedingungen für die Gewährung von Forschungsfreibeträgen gelockert und der Betrieb von Forschungsanlagen im Bereich der Nutzung erneuerbarer Energieträger, der Energieumwandlung und der Energiespeicherung steuerlich begünstigt werden, um den Langzeitbetrieb derartiger Anlagen und einen nachhaltigen Forschungsbetrieb zu ermöglichen.

Ausbildungsförderung im Landwirtschaftsbereich

Die LandesklimaschutzreferentInnenkonferenz ersucht den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, im Rahmen der gemeinsamen Steuerungskonferenz die Bemühungen der land- und forstwirtschaftlichen Fachschulen um die Tätigkeiten im Bereich der nachhaltigen Rohstoffproduktion, die Forcierung der Auspflanzung von Pionierpflanzen zur Energiegewinnung sowie die Vermittlung von Wissen über den Bereich des Klimaschutzes und der Klimawandelanpassung im Unterricht zu unterstützen, und die Ausbildung der LehrerInnen dahingehend zu forcieren.